

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 18 37. Jg.

9. Mai 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Rosinger, Berlin N 24 Ehaszstraße 85-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schindlers-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezelle oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktsanzeigen 0,40 Mk., für Verbandsmit-
glieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Erlasse nach Obereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition arbeiten.*

Manifest an die Arbeiter aller Länder.

Der Zeitpunkt ist nicht ferne, an dem die Menschheit zum zehnten Mal mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Augusttag zurück schauen wird, an dem der erste Kanonendonner den grauenhaften Massenmord des Weltkrieges ankündigte.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewölke über der mit Blut und Tränen gedüngten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosem Rasen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlagworten einer vom Machtwahnsinn erfaßten Kapitalistenklippe umnebelt, mußten ihr Leben für die Lüge opfern, daß sie für die Demokratie und die endgültige Befreiung der Menschheit von der Kriegsgewalt in den Kampf zögen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehegt und fast verwirklicht glaubten.

Und schon rüsten die Staaten aufs neue zum Kampf.

Mittlerweile sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenderen Tötungs- und Vernichtungsmitteln. Alle Welt weiß, daß ein neuer Krieg an Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenschlächtereien übertreffen würde. Ein neuer Krieg würde einen Kampf heraufbeschwören, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Bakterien, der keinen Raum läßt für persönliches Heldentum und in dem die Menschen wie Ungeziefer ausgerottet würden.

Die Zeit heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblassen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unvergänglich

weiter leben: ein Haß, den nur verbrecherische Gleichgültigkeit ver-
gessen kann. Das ist der heilige Haß gegen den Krieg!

Eine Macht in der Welt gibt es, die Bürge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit angesichts der vom Krieg zertrümmerten Welt von Verzweiflung überwältigt wurde, da war es die Arbeiterklasse, die als erste die Fahne der Internationale wieder empor hob. Es war die internationale organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Ruf erschallen ließ: „Nieder mit dem Krieg!“ Dieses international vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg vernichten wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen — dann wird ihr Massenaufmarsch gleich einer drohenden Warnung alle jene in die Ohren tönen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habsucht aufs neue anschicken, die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Trauer zu stürzen.

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Anti-Kriegs-Tag. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale werden diese Veranstaltung unterstützen.

Dieser Tag muß eine Heerschau werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den unbeugsamen Friedenswillen der Völker ungestraft verhöhnen dürfen.

Kameraden! Demonstriert in Massen von Tausenden an unserem internationalen Anti-Kriegs-Tag!

Krieg dem Kriege! Es lebe der Weltfrieden!
Internationaler Gewerkschaftsbund.

Bekanntmachung.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 30. April die Mitglieder

Karl Schmitt, Buch-Nr. 38843,
Anton Kimmich, Buch-Nr. 20095

nach § 6 Absatz 2 des Statutes ausgeschlossen.

Der Vorstand.

Ausreichende Löhne sind eine Gefahr für die Währung!

Den in dieser Behauptung liegenden Unsinn versuchen augenblicklich die Unternehmer für sich auszunutzen. Eine Rede des Reichskanzlers Marx im März in Berlin muß die Grundlage dafür abgeben. Weil der Reichskanzler sagte, die Währung sei die Hauptsache und nur wenn sie aufrecht erhalten werden könnte, sei ein Wiederaufbau möglich, verfaßte die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände flugs ein Rundschreiben, das am 28. März hinausging und in seinem Absatz 1 folgendes sagt:

„Reichskanzler Dr. Marx hat in seiner Ansprache bei der Industrietrichtung ausgeführt, das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage darüber dürfte wohl nur eine Stimme sein — sei die Aufrechterhaltung unserer Währung. Die Währung bildet den Ausgangspunkt eines jeden Wirtschaftsaufbaues, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft.“

Auf diesem Grundsatz ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzustellen. Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 Pfennig pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Millionen Goldmark im Jahr ausmachen. Aus dieser Zahl ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung für jeden ersichtlich. Regierung und Wirtschaft haben danach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen. Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.“

Die Antwort des ADGB. und der übrigen Gewerkschaftsspitzen auf dieses Unternehmerrundschreiben an die Reichsregierung haben wir schon den Kollegen zur Kenntnis gebracht. Mit nachstehenden Ausführungen läßt nun auch der Lohnpolitische Ausschuß des ADGB, die Unternehmer mit ihrer Behauptung, daß ausreichende Löhne die Währung gefährden, abfahren:

„Nur wenige Volksgenossen gibt es, die nicht mit Schaudern an die Schrecken der Inflationszeit zurückdenken. Nicht zuletzt begreifen auch die Arbeiter sehr wohl, was für sie eine Wiederholung des Währungszusammenbruchs bedeuten würde. Die Gewerkschaften selbst können deswegen an der Frage, ob etwa ihre Lohnpolitik die Währung vernichten könnte, keineswegs vorbeigehen.“

Die Währung würde zweifellos ernsthaft bedroht sein, wenn zu dem vorhandenen Gelde noch neues Geld geschaffen werden müßte, das weder in der deutschen Wirtschaft erarbeitet noch aus Auslandskrediten fließen würde. Das Unternehmertum argumentiert: Wenn auf der ganzen Linie eine Steigerung der Löhne und Gehälter eintritt, entsteht ein solcher Mehrbedarf, daß es ohne Neuschaffung von Geld nicht abgeht. Was ist von dieser Behauptung zu halten?

Zuzugeben ist, daß die Gefahr einer neuen Inflation droht, wenn der Staat Mehrausgaben für Gehälter und Löhne machen muß, die er nicht durch Mehreinnahmen decken kann. Da die Gehalts- und Lohnerhöhungen in den öffentlichen Betrieben einfach unerlässlich waren, kommt es also darauf an, die Deckung zu beschaffen. Das kann aber gar nicht einfacher und sicherer geschehen, als durch eine allgemeine Lohnerhöhung auch in der Privatwirtschaft, wodurch zwei der wichtigsten Steuerquellen, Lohn- und Umsatzsteuer, automatisch stärker zum Fließen gebracht werden. (Daß auch die Umsatzsteuer größere Erträge abwerfen muß, wenn durch allgemeine Lohnerhöhungen der Konsum steigt, ist klar.) Von dieser Seite her betrachtet — und der Staatshaushalt ist die größte Gefahrenmöglichkeit für die Währung — bedeutet also eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus keine Bedrohung, sondern eine Sicherung der Währung.

Diese Wirkung könnte nun allerdings dadurch aufgehoben werden, daß die Privatwirtschaft durch eine allgemeine Erhöhung der Löhne von sich aus

die Neuschaffung von Geldern erzwingen müßte. Es wird darauf hingewiesen, daß die schon vorhandene Geldmenge für unsere Wirtschaft bereits eher zu groß als zu klein sei, eine Annahme, die wahrscheinlich auch richtig ist. Das Unternehmertum stellt es so hin, als ob eine Erhöhung der gesamten Lohnquote nur durch Vermehrung der Geldmenge, also durch neue Inflation, erreicht werden könne. Diese Annahme ist falsch. Es ist vielmehr durchaus möglich, im Rahmen des gegenwärtigen Geldumlaufs das Lohnniveau wesentlich zu heben, und es ist dazu weiter nichts erforderlich, als den Lohnanteil zu den übrigen preisbildenden Faktoren in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Heute ist der Lohnanteil im Preise bedeutend geringer als im Frieden und als in den ausländischen Volkswirtschaften. Wir haben also das Recht, Lohnerhöhungen zu fordern, die sich nicht in Preiserhöhungen auswirken dürfen, und die also nur eine Verschiebung im gegenwärtigen Geldumlauf, nicht aber dessen Vermehrung zur Folge haben können.

Man muß sich daran erinnern, mit welcher Rücksichtslosigkeit die „Reinigung der Wirtschaft“ von überflüssigen Arbeitnehmern betrieben worden ist. Die sozialen Gesetze, die dem entgegenstanden, wurden aufgehoben. Zu Hunderttausenden, ja Millionen wurden die Arbeiter auf die Straße geworfen. Die Betriebe und Bureaus, der Handel, die Banken und die öffentlichen Verwaltungen wurden von allen „unproduktiven“ und unbeherrschten Arbeitnehmern ohne jede Rücksicht auf zerstörte Existenzen befreit. Dieser Reinigungsprozeß hat sich aber bisher fast ausschließlich auf die Arbeitnehmer beschränkt, während es für die Gesundung der Wirtschaft sehr viel notwendiger wäre, daß die überflüssigen Existenzen im Unternehmerlager, insbesondere im Handel, ausgemerzt, alle überflüssigen Gewinne ausgeschaltet und die technische und volkswirtschaftliche Organisation in die rationalste Form gebracht würden.

Als die Maßnahmen gegen die Arbeitnehmer eingeleitet wurden, ließ es die Auswirkungen in der gesamten Wirtschaft im Sinne einer Säuberung von allem Überflüssigen und Ungesunden würde sich zwangsläufig von selbst einstellen. Es würde alsbald ein scharfer Wettbewerb zu genauerer Kalkulation zwingen, und alle zu Unrecht einkalkulierten, nicht unbedingt notwendigen Unkosten würden im Handumdrehen verschwinden. Bis heute

wartet die Arbeiterschaft auf diese Auswirkungen vergebens. Warum sind sie ausgeblieben?

Ein ähnlicher wirtschaftlicher Zwang, wie er sich gegen die Arbeiterschaft so unerbittlich auswirkte, ist für das Unternehmertum bis heute nicht fühlbar gewesen. Man sollte meinen, daß die „schweren wirtschaftlichen Verhältnisse“ die „Toten und Verwundeten“ im Existenzkampf der Unternehmer bergehoch aufschichten müßten. Der natürliche Ausleseprozeß in der normalen Wirtschaft vor dem Kriege ergab monatlich über tausend Konkurse. In den letzten Jahren hat als eine der Inflationswirkungen fast gar keine Auslese mehr stattgefunden. Die Zahl der tauben Existenzen, die für die Volkswirtschaft gänzlich überflüssig sind und weder eine Daseinsberechtigung haben noch eine Daseinsmöglichkeit finden könnten, wenn die Wirtschaft normal wäre, ist riesengroß geworden. Alles sprach dafür, daß mit dem Eintritt fester Währungsverhältnisse die monatlichen Konkursziffern hätten in die Tausende steigen müssen. In Wirklichkeit sind zu verzeichnen für Januar 28, für Februar 42, für März 62 Konkursöffnungen. Wenn demnach nach wie vor die unmöglichsten Existenzen, ohne produktive Arbeit oder eine volkswirtschaftlich notwendige Tätigkeit zu verrichten, ein meistens sehr reichliches Auskommen finden können, so ist offenbar die Spanne zwischen den notwendigen Produktionskosten und den Warenpreisen so übermäßig hoch, daß alle parasitären Existenzen darin einen ausreichenden Nahrungsspielraum finden.

In der Inflationszeit waren es vornehmlich die Schieber und Börsenspekulanten, die als Parasiten in Erscheinung traten. Obwohl diese Schicht unter den veränderten Verhältnissen wesentlich dünner geworden ist, ist noch keine Abnahme des Luxusverbrauches zu verspüren. Wenn auch unverkennbar der Massenkonsum seit der Festigung der Währung und der Beschäftigungsverhältnisse gestiegen ist, so ist doch ebenso zweifellos der Luxuskonsum in einem noch viel schnellerem Tempo angewachsen. Heute sind es die viel zu großen Schichten des „legalen“ Unternehmertums, die einen Aufwand treiben können, der ihnen nicht zukommt, und den die Wirtschaft nicht abwirft. Die Mittel dafür werden genommen einerseits aus dem den Arbeitern vorenthaltenen Lohnanteil, andererseits aus zu großen Krediten, die aus der Neuschaffung des Rentenmarkgeldes erreichbar waren. Tatsächlich hat sich die sichtbare Geldmenge in der deutschen Volkswirtschaft vom 31. Dezember bis 7. März von 2217 auf 2810 Millionen Goldmark, die Gesamtsumme der von der Reichsbank und der Rentenbank herausgegebenen Privatkredite von 401 auf 1284 Millionen Goldmark erhöht. Die Summe der privatwirtschaftlichen Kredite hat damit schon wieder den Bestand der Reichsbank an Wechseln und Schecks in der Vorkriegszeit erreicht, trotz des verkleinerten Umlages des Reiches und der Wirtschaft. Diese Tatsache läßt erkennen, daß eine gewisse Inflation heute schon wieder vorhanden ist; denn die in die Wirtschaft hineingeschütteten Geldmengen finden in den Erträgen der Wirtschaft keinen ebenso schnell steigenden Gegenwert. Die schon vorhandene Inflation muß aber um so gefährlicher werden, je mehr Geld dem volkswirtschaftlich nützlichen Teil des Volkes entzogen und den unnutzigen Parasiten zugeführt wird. Die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der seit Schaffung der Rentenmark von der Wirtschaft Kredite auch über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus erlangt werden konnten, ist mit ein Grund für das übersteigerte Preisniveau; denn dadurch war es vielfach möglich, Devisen und Warenbestände durchzuhalten.

Nunmehr steht die Quelle der Rentenbankkredite vor der Erschöpfung. Nachdem die vorgezeichnete höchstmögliche Geldsumme viel zu schnell beansprucht wurde, macht sich jetzt der natürliche Druck bemerkbar, der sich daraus ergibt, daß die fortgesetzte Vermehrung unfundierter Kredite ein Ende findet. Dieser Druck von der Kreditseite her ist durchaus zu begrüßen; denn nur dadurch kann die Wirtschaft gezwungen werden, alle volkswirtschaftlich überflüssigen Ausgaben einzuschränken und zu beseitigen. Die wirtschaftliche Gesundung und damit die Voraussetzung für die dauernde Stabilisierung der Währung hängt davon ab, daß die Spanne zwischen notwendigen Produktionskosten und Verkaufspreisen der Waren auf das geringstmögliche Maß herabgedrückt wird, was in sich einschließt die Notwendigkeit, die Wirtschaft nach rationalen Methoden umzuorganisieren. Die Wirtschaft und die Währung können es nicht vertragen, daß Hunderttausende überflüssige Zwischenhändler von der Arbeit der anderen leben, daß die Unternehmer für Gewinne, Risikoprämien, „Unternehmerlohn“, künstlich übertriebene Generalkosten, Verzinsung des Eigenkapitals je eine zweistellige Prozentziffer als Preiszuschlag einkalkulieren, daß die Banken sich für geliehene Gelder 20 Prozent höhere Zinsen zahlen lassen, als sie selbst ihren Geldgebern geben.

Die Unternehmerklasse wehrt sich mit Händen und Füßen gegen jede Maßnahme zur Gesundung der Wirtschaft, bei der sie selbst ihrer Gewinnsucht und Bequemlichkeit ein Opfer bringen müßte. Sie sträubt sich, den notwendigen Preisabbau, die Beseitigung der überflüssigen Zwischenhändler aus ihren Reihen, die Verringerung der

über großen Kapitalprofite durchzuführen. Dem Druck, den sie aus dem Versiegen immer neuer zusätzlicher Kredite zu verspüren anfängt, sucht sie dadurch auszuweichen, daß sie nach unten auf das Lohnniveau drückt. Das ist der Sinn der jetzigen Unternehmeroffensive gegen weitere Lohnerhöhungen. Wollten die Arbeiter sich diesem Druck fügen, wollten sie „mit Rücksicht auf die Währung“ sich noch größere Einschränkungen in der Lebenshaltung auferlegen und auf einen angemessenen Reallohn verzichten, so hieße das nur, der Kapitalistenklasse ermöglichen, ihre falsche und ungesunde Wirtschaft in derselben Art fortzuführen zu können.

Die Wahrung kann nicht in Gefahr kommen durch eine Erhöhung des Lohnniveaus, da dies unzweifelhaft ohne Neuschaffung von Geld möglich ist. Indem die Arbeiterschaft eine Erhöhung des Lohnanteils im Rahmen der Gesamtkosten der Wirtschaft erzwingt, übt sie den Druck aus, der notwendig ist, um die ungesunden Auswüchse in der Wirtschaft zu beseitigen. Gleichzeitig bewirkt die Steigerung der Kaufkraft bei den breiten Massen eine Belebung der Wirtschaft, Verminderung der Arbeitslosigkeit, Vermehrung der Steuererträge und schafft damit erst die Voraussetzung für eine endgültige Stabilisierung der Währung.

Der Schweizerische Lithographenbund im Jahre 1923.

Wie alljährlich, so veröffentlicht der schweizerische Lithographenbund auch für das Jahr 1923 seinen Geschäftsbericht. Wir entnehmen aus dem Bericht zur Information der Kollegen, daß die Wendung zur Besserung der wirtschaftlichen Lage im Berichtsjahr angehalten hat, was aus der Inanspruchnahme der Arbeitslosenkasse, der Tätigkeit des Arbeitsnachweises, der Vermehrung der Mitgliederzahl und aus dem außerordentlich günstigen Abschluß der Jahresrechnung hervorgeht. Mußte zum Beispiel die Arbeitslosenkasse im Vorjahre noch in 179 Fällen für 7072 Tage 49 113 Fr. Arbeitslosenunterstützung auszahlen, so im Jahre 1923 nur noch in 91 Fällen für 2432 Tage 17 855,50 Fr. Ferner weist das Berichtsjahr seit drei Jahren die erste Mitgliederzunahme wieder aus, und die Jahresrechnung mit einer Vermögensmehrung von 87 928,84 Fr. ist das beste bisher erzielte Ergebnis. Diese erfreuliche Tatsache ist sicher ein Beweis dafür, daß unsere Schweizer Bruderorganisation, trotzdem sie nicht Tausende, sondern nur Hunderte von Mitgliedern zählt, finanziell gut auf- und ausgebaut ist und nach gesunden Grundsätzen verwaltet wird.

Dafür legt auch der gesamte Bericht Zeugnis ab. Wie die Organisation versuchte für ihre Mitglieder tätig zu sein und ihre Interessen wahrzunehmen, entspricht ganz gewerkschaftlichen Grundsätzen. Aber auch international versuchte der Schweizerische Lithographenbund mit Erfolg seine gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen. Als nur die Schweiz die Möglichkeit bot den für 1923 geplanten Internationalen Lithographenkongress zu einem vollwertigen werden zu lassen, da erledigten die Schweizer Kollegen im Eiltempo alle notwendigen Arbeiten und legten so den Grund zu einem Gelingen dieses Kongresses. Und als unser Verband durch die sich überschlagende Inflation in den letzten Monaten des Jahres 1923 dem Erliegen nahe war, da sprang die Schweizer Bruderorganisation ebenfalls helfend ein. Dafür sei auch bei dieser Gelegenheit ihr herzlichst gedankt.

Im einzelnen weist der Bericht folgendes aus: Stellen suchten im Jahre 1923:

	Stellen suchten	Offene Stellen	Vermittelte Stellen
Umdrucker	74	48	29
Maschinenmeister	54	34	30
Offsetdrucker	20	0	5
Merkantil-Lithographen	32	20	19
Chromo-Lithographen	17	9	7
Photochrom-Operateure	5	3	1
Chemigraphen (Azer)	20	24	12
Lichtdrucker	3		
Reproduktions-Photographen	11	6	4
Retuscheure	1		
Graphische Zeichner	3	1	
Diverse (Tiefdruck, Monteur, Kartograph)			7
Zusammen	256	161	110

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt:

	1923	1922	1921	1920	1919	1918	1917
	937	907	952	1027	1066	1021	1027

Die Vermögen der einzelnen Kassen betragen:

Betriebskasse	073,25 Fr.
Krankenkasse	116 951,20 Fr.
Invalidekasse	331 068,57 Fr.
Sterbekasse	31 006,55 Fr.
Arbeitslosenkasse	59 141,50 Fr.
Reservekasse	58 426,77 Fr.
Hilfsfonds	2 272,82 Fr.

Gesamtvermögen 599 840,75 Fr.

Die Bilanz für 1923 weist aus:

Gesamteinnahmen	207 203,60 Fr.
Gesamtausgaben	119 274,76 Fr.
Überschuß pro 1923	87 928,84 Fr.

Sind wir infolge Raummangels auch nur in der Lage einen gedrängten Bericht von der Entwicklung unserer Schweizer Bruderorganisation im Jahre 1923 zu geben, so dürfte er doch genügen um den Kollegen einen allgemeinen Einblick zu gestatten. Gegenwärtig befindet sich der Schweizer Lithographenbund in einer schweren Abwehrbewegung, die um deswillen von nicht geringer Bedeutung ist, weil die Buchdrucker bei diesem Streit und Streik an die Seite der Unternehmer getreten sind mit der Begründung, ihnen sollte durch jede Möglichkeit genommen werden, auch zur Bedienung der Offsetmaschine zugelassen zu werden. Unsere Schweizer Kollegen legen jedoch in der Firma Polygraphische Gesellschaft in Laupen am 14. Januar die Arbeit nieder, weil trotz wiederholter Verhandlungen die Firma die Berufsordnung (Tarif) nicht wieder anerkennen wollte. Alle Bemühungen, diesem eigenartigen Schauspiel ein Ende zu machen, das organisierte Arbeiter wider organisierte Arbeiter stehen, sind bisher gescheitert. Es steht nur zu hoffen, daß unsere Schweizer Bruderorganisation auch aus diesem Streit gestärkt hervorgeht und die Dinge so regelt, wie sie im Interesse einer Weiterentwicklung geregelt werden müssen.

Die Tarifverhandlungen für das Formstechergewerbe.

Am 28. April fanden in Hannover die Verhandlungen zur Erneuerung des von dem Unternehmerverband gekündigten Tarifes statt. Der Verbandsvorstand hatte nach Beratung mit der Zentralkommission Anträge über Mindestlohn, Überstunden, Ferien, Kostgeldentschädigung der Lehrlinge, Werkzeugauflieferung, Feiertagsbezahlung und über Einsetzung eines eigenen Schiedsgerichts eingereicht. Die Unternehmer formulierten ihre Anträge erst auf dem am Tage vorher stattgefundenen Hauptversammlung, so daß wir ohne schriftliche Unterlagen über das Verlangen der Unternehmer waren. Bei den betreffenden Paragraphen wurden dann die Unternehmeranträge mit behandelt.

Den ersten Verhandlungspunkt bildete der Mindestlohn. Nach langwierigen Erörterungen, in denen die Unternehmer erklärten über das von ihrer Hauptversammlung festgesetzte Angebot für die Zeit vom 26. April bis 9. Mai 60 Pfennige und ab 10. Mai 65 Pfennige nicht hinausgehen zu können und fernerhin nicht in der Lage zu sein, für Fabrikstecher wiederum besondere Aufschläge vereinbaren zu können, da diese dem Tarife nicht unterstehen und ebenso nur 75 Prozent des Gehilfenlohnes für neu anzulernende Hilfsarbeiter bewilligen zu können, mußte auf dieser Grundlage abgeschlossen werden. Eine Verbesserung im Überstundenwesen, in den Ferien und der Feiertagsbezahlung war nicht zu erzielen. Ebenso lehnten die Unternehmer die von uns geforderte prozentuale Kostgeldentschädigung der Lehrlinge ab. Sie erklärten zu Protokoll, daß sie diese Frage überhaupt das Lehrlingswesen von sich aus nach den Vorschriften der Handwerkskammern regeln würden. Nur über die Zahl der zu haltenden Lehrlinge konnten Festsetzungen getroffen werden. Hierüber entspann sich eine lange Auseinandersetzung. Wir konnten die Ansprüche der Unternehmer nicht erfüllen und setzten am Ende durch, daß bis zu 9 Gehilfen auf je 3 Gehilfen ein Lehrling und von da ab auf je weitere 1 bis 4 Gehilfen ein Lehrling mehr gehalten werden kann. Dafür wurde auf unser Verlangen beschlossen, daß Voraussetzung hierfür ordnungsmäßige Ausbildung sein soll. Und weiter wurde beschlossen, daß sich die Zahl der zulässigen Lehrlinge nach der durchschnittlichen Gehilfenzahl des vorangegangenen Kalenderjahres richtet. — Die Entschädigung für die Benutzung eigenen Werkzeuges wurde auf 50 Pfennige für Messingstecher und 1 Mark für Holzstecher erhöht. — In der Feiertagsbezahlung konnten wir nichts erreichen. Die Unternehmer verlangten vielmehr, daß Feiertage auf Wunsch des Arbeitgebers ohne Prozentzuschläge nachgearbeitet werden können. Da dieses schon mehrfach Übung gewesen ist, tritt eine besondere Belastung für die Gehilfen hierdurch nicht ein. Der Arbeitsnachweis, der paritätisch ist und bisher immer von dem Vorsitzenden der Zentralkommission geführt wurde, geht in die Hände des Herrn Siegmund, Braunschweig über.

Die eigene Gerichtsbarkeit innerhalb des Tarifes war bisher nicht ausgebildet. Es ist nunmehr auf Gehilfenantrag hin ein Schiedsgericht eingesetzt worden, das auf diesem Gebiete den Formstechertarif den übrigen Tarifen näher bringt. Es muß als ein Fortschritt bezeichnet werden, die beruflichen Streitfälle nicht mehr vor beruftstremde Richter bringen zu lassen.

Ein Hauptpunkt der Verhandlungen war der von den Unternehmern gestellte Antrag, nach Bedarf die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern, für die Überstundenzuschlag nicht zu zahlen sei. Für jede über 9 Stunden hinausgehende Arbeitszeit sollten 15 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Die Unternehmer stützten sich bei

ihrem Verlangen auf die Vorgänge in anderen Industrien. An diesem Antrage drohten die Verhandlungen zu scheitern. Es wurde dann aber doch noch beschlossen, daß auf Wunsch des Unternehmers die 9. Stunde gearbeitet werden muß. Jede über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit wird aber mit den prozentualen Zuschlägen, die der Tarif vorsieht, entschädigt. Die achtstündige Arbeitszeit ist also grundsätzlich erhalten geblieben und jede Mehrarbeit kann nur nach den tariflichen Festsetzungen geleistet werden.

Die Gültigkeitsdauer des Tarifes ist vom 1. Mai bis 31. Juli, also drei Monate. Wird der Tarif nicht in einem Monat vor Ablauf gekündigt, so läuft er jeweils drei Monate weiter.

Das Gesamtergebnis der Verhandlungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß eine Erhöhung des Lohnes ab 10. Mai um 16 Prozent eingetreten ist, daß in der Werkzeugfrage ein kleiner Fortschritt erzielt wurde, daß endlich ein eigenes Schiedsgericht die Streitfälle im Berufe beurteilt und daß die um meisten umstrittene Arbeitszeit und die mit ihr zusammenhängenden Überstundenzuschläge erhalten geblieben sind. Demgegenüber haben wir im Lehrlingswesen und in der Nacharbeit der Feiertage Zugeständnisse machen müssen.

Bei objektiver Erwägung des Ergebnisses sind die eingetretenen Nachteile nicht so hoch zu bewerten, daß sich eine Ablehnung des Verhandlungsergebnisses rechtfertigen ließe. Der Verbandsvorstand hat deshalb in seiner Sitzung diesem Ergebnis zugestimmt, das statutenmäßig der Urabstimmung unterliegt. Um diese Abstimmung nicht in einer vertraglosen Zeit vor sich gehen zu lassen, wurde am Schluß der Verhandlungen der gegenwärtige Tarif bis zur Abgabe der gegenseitigen Erklärungen längstens bis zum 10. Mai verlängert.

Unter Berücksichtigung aller Umstände können wir die Annahme des Tarifes den Kollegen nur empfehlen.

Ortsberichte.

Berlin, Formstecher. In gutbesuchter Versammlung nahmen die Kollegen Stellung zu den Tarifverhandlungen. Die Punkte Lohn, Lehrlingsfrage und Feiertagsbezahlung wurden unter die Lupe genommen und den Unternehmern Rückständigkeit vorgeworfen. Die Formstecher haben ein Recht zum Leben, das sie gegenwärtig nicht fristen können. Die Neuregelung in der Lehrlingsfrage wird uns Anlaß sein, auf die Ausbildung der Lehrlinge zu achten, damit der Nachwuchs, über den die Unternehmer so viel klagen, zu brauchbaren Arbeitern herangebildet wird. Daß auf Wunsch Feiertage ohne Prozente nachgeholt werden müssen, löste einen Sturm der Entrüstung aus; es wurde ausgesprochen, daß die Verhandlungskommission sich übertölpeln ließ. Ehe sie dazu ihre Zustimmung geben konnten, wäre es besser gewesen, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Diese Bestimmung bedeutet die Umgehung des Achtstundentages und es wäre besser, wenn dieses Monstrum nicht schwarz auf weiß stünde. Auch die Gültigkeitsdauer des Tarifes konnte nicht verstanden werden. Nach dreistündiger Aussprache ergab die Abstimmung, daß der Tarif mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnt wurde. Beschlissen wurde: noch, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Eilenburg, Formstecher. Das Verhandlungsergebnis bedeutet einen Schritt zu unserer wirtschaftlichen Besserstellung. Die Verbandsleitung hat ihr Möglichstes getan. Mögen alle Kollegen dieses einsehen und bedenken, daß überlegtes Handeln uns Schritt um Schritt dem Ziele näher bringt.

Großstadt — Provinz — Tarif.

Durch die gute Konjunktur im Lithographie- und Steindruckgewerbe in letzter Zeit ist es fast jedem Kollegen einer größeren oder großen Druckstadt gelungen, seinen Wochenlohn bedeutend zu verbessern, so daß für diese Kollegen der Tariflohn nur ein hemmendes Gebilde ist. Von diesem Gesichtspunkte aus scheint auch der Verbandsvorstand einzig und allein die wirtschaftliche Lage aller Kollegen zu beurteilen, dabei ganz vergessend, daß es auch kleine Druckstädte gibt, die eine oder zwei Firmen aufzuweisen haben, in denen es speziell den verheirateten Kollegen unmöglich ist, zwecks Verbesserung ihrer Lage die Stellung zu wechseln und sie daher gezwungen sind, zum aktuellen Tariflohn zu arbeiten. Aus freien Stücken geben die Prinzipale natürlich keine Zulage; bei Verhandlungen zwischen diesen und den Kollegen können evtl. nur Penninge an Lohnzulagen heraus. Auf keinen Fall soll jedoch die Arbeit hingelagert werden, um, wie es so schön heißt, „unser Position nicht zu schwächen“. Ja, geliebter Verbandsvorstand, wie sollen diese Kollegen selbst ihre Lage verbessern, wenn, wie du sagst, an zentrale Lohnhöhung nicht mehr gedacht wird? Die Beitragsmarke kostet leider bei 22,54 Mk. genau so viel wie bei 40 Mk. und darüber. Daß muß anders werden. Für Städte mit 15 Prozent Ortszuschlag und weniger muß unbedingt von zentraler Stelle aus eine Erhöhung der Löhne bewerkstelligt werden, wenn die betreffenden Kollegen trotz einer guten Geschäftslage nicht immer weiter verelen-

den sollen. Das Vertrauen zum Verbandsvorstand geht dabei natürlich in die Wicken. Als Vorsitzender einer kleinen Zahlstelle kenne ich die Schmerzen der Kollegen, und es gibt kein Mittel, ohne tariffreud und disziplinos zu werden, diese zu lindern. Es gibt deshalb nur folgendes: Entweder zentrale Lohnhöhung für die Kollegen in der Provinz — wenigstens der Versuch muß gemacht werden — oder den Kollegen alle Mittel, auch das letzte, zu gestatten anzuwenden; dann jagt man den Tarif natürlich zum Teufel. Knurrende Mägen den Kollegen, hohen Profit den Unternehmern, Vertröstungen und dauernd steigende Beitragshöhe, so kann es für die Zukunft nicht weitergehen!

W. S.

Erfahrungen mit Offsetdruck.

Ernst Herbst, Berlin.

Unter diesem Stichwort bringt das Märzheft der „Typographischen Jahrbücher“ eine Abhandlung, die so typisch für die Einstellung des „erfahrenen“ Buchdruckers auf diesem Gebiete ist, daß wir sie mit den von uns hervorgehobenen Stellen zum Ausdruck bringen:

„Schon oft bin ich von Kollegen getragt worden, welche Erfahrungen ich mit der Einrichtung des Offsetdruckes gemacht habe, der fast 5 Jahre meiner Druckerei angegliedert ist. Auf meine Auskünfte erhalte ich dann meistens die weitere Anfrage, ob ich ihnen die Einrichtung unter dieser oder jener von den Kollegen näher bezeichneten



Voraussetzung empfehlen kann. Auch diese Auskunft ist nur unter großen Vorbehalten so zu geben, daß man zur Einrichtung raten kann.

Zunächst muß man von dem Glauben abkommen, als ob sich sehr viele Buchdruckarbeiten im Offsetdruck billiger herstellen ließen. Das ist erfahrungsgemäß nur bei einem kleinen Teil der Fall. Selbstverständlich wird man aber sein Arbeitsgebiet, wenn man eine Offseteinrichtung hat, dann mehr auf die dazu geeigneten Arbeiten verlegen.

Für den Buchdrucker, der bisher weder Lithographie noch Steindruckerei dabei hatte, der aber meint, daß er unbedingt Offsetdruck einrichten muß, um gewisse Arbeiten rationeller anfertigen zu können, werden Enttäuschungen nicht ausbleiben, und er wird nach Jahr und Tag eine ganze Reihe von Arbeiten wieder in Buchdruck herstellen, von denen er annahm, daß er sie im Offsetdruck rationeller anfertigen könnte. Andererseits aber kann er bei gutem Personal die Leistungsfähigkeit seines Betriebes immerhin in einer bestimmten Richtung wesentlich verbessern. Zweifelhaft scheint es mit allerdings, ob dies schon mit einer einzigen kleinen oder kleinsten Offsetmaschine möglich ist. Man bedenke, daß, wenn man bisher nur reinen Buchdruckbetrieb hatte, jetzt für eine kleine Maschine ein Lithograph, ein Offsetdrucker, der gleichzeitig Umdrucker sein muß, und noch eine Hilfskraft notwendig sind. Es wird oft der Fall sein, daß der Drucker die Maschine stehen lassen muß, um Platten anzufertigen, und daß der Lithograph oder Drucker nichts zu tun hat. Es gehören also zu einer einigermaßen mit Vorteil arbeitenden Offseteinrichtung vielleicht eine kleine und eine mittlere Offsetpresse, besser noch zwei mittlere, wenn man nicht Spezialarbeiten in laufenden hohen Auflagen hat, die eine Maschine größeren Formates praktischer erscheinen lassen.

Wenn man aber dann zwei oder drei Offsetmaschinen hat und dazu mit seinem Betrieb in der Provinz ansässig ist, so werden bald zwei Schwierigkeiten in die Erscheinung treten: 1. Die Personalfrage und 2. die Notwendigkeit, eine Reproduktionseinrichtung der Offsetabteilung anzugliedern.

Der Offsetdrucker in der Großstadt hat es insofern einfach als er Photolithographien bei der Reproduktionsanstalt in Auftrag gibt und sich dort die Steine oder die Umdrucke holt. Auch Farbenauszüge und ähnliche Arbeiten werden ihm von dieser Anstalt geliefert, und es gibt jetzt schon Anstalten, welche einwandfrei kopierte Platten an Offsetdruckereien liefern. Dadurch ist dem Betriebe eine große Sorge abgenommen; denn die Güte des Offsetdrucks hängt von der mehr oder weniger gelungenen Platte ab. Da aber der Transport der Steine, der kopierten Platten oder der Versand der Umdrucke umständlich und zeitraubend ist, so taucht die Frage der Beschaffung von Kopier- sowie Reproduktionseinrichtung bald von selbst auf.

Dadurch wird aber die Kardinalfrage bei Offset, die Personalfrage noch schwieriger; denn nun gehören zu einer leistungsvollen Einrichtung: Lithographie, Reproduktions- und Kopiereinrichtung, Umdruckerei und Druckerei mit den dazu gehörigen Spezialisten und Hilfspersonal. Die Schwierigkeiten werden durch Stellenangebote im „Klirmsch“ gut illustriert.

Es war ein schwerer Fehler der Buchdrucker-Gehilfen-Organisation, daß sie sich von der Steindruck-Gehilfen-Organisation in der Frage der Bedienung der Offsetpressen zu sehr an die Wand quetschen ließ. Meiner Ansicht nach würde sich ein großer Prozentsatz Buchdruckmaschinenmeister besser für den Offsetdruck eignen als gewisse verknöcherte Steindrucker, denen die Offsetmaschine schon insofern auf die Nerven fällt, als sie ihnen zu schnell läuft. Dazu die Engherzigkeit der Steindrucker und die Unverträglichkeit ihren Kollegen, den Umdruckern und Lithographen gegenüber. Ich bin überzeugt, daß mit Buchdruckmaschinenmeistern ein besseres Zusammenarbeiten zu erzielen ist.

Ich fasse kurz zusammen, daß es sich der Buchdrucker, der seinem Betriebe noch keine Lithographie und Steindruckerei angegliedert hat, mehr als einmal gründlich überlegen soll, ob er sich für einige Arbeiten, die vielleicht mit Buchdruck nicht so rationell herzustellen sind, einen so teuren arbeitenden Betriebszweig angliedert, zumal wenn er in der Provinz sitzt und wenn er die Spezialisten nur durch übertriebene Bezahlung, Wohnungsbeschaffung, Umzugsgelder usw. an sich fesseln kann. Es gibt heute noch große Spezialoffsetdruckereien, die die größten Schwierigkeiten und Mißerfolge haben. Andererseits ist es freilich für den echten Buchdrucker ein Lebenselement, immer an der Verbesserung seines Betriebes zu arbeiten; darum sollen diese Zeilen auch nicht entmutigen.

— ea. —

Bevor uns diese Abhandlung zu Gesicht kam, hatten wir für die neu erscheinende Zeitschrift „Offset-Buch- und Werbekunst“ eine Arbeit geliefert, die folgende Gedanken enthält: Die Vieltätigkeit der Dinge, die für weite Kreise verhältnismäßig junge Erscheinung des indirekten Flachdruckes — er wurde auf dem Kontinent erst 1907 in seinen Anfängen durch Kaspar Hermann bekannt — zu denen in sinnverwirrender Fülle immer mehr Neues kommt, hat neben berufenen Männern der Theorie und Praxis auch Unberufene zur Urteilsabgabe über diese eigenartige Druckmethode veranlaßt. Was von letzteren dabei herauskommen konnte, ist erklärlich und verdient deshalb milde Beurteilung. Je weniger diese das Wesen des Flachdruckes und seine Möglichkeiten kennen, je unbekannter ihnen die bisherige Art des indirekten Flachdruckes, der Blechdruck ist, umso lauter sprachen und sprechen sie vom Offsetdruck als einem neuen Druckprinzip, das gleichsam Flach- und Hochdruck zu Höherem vereine. Die entfernte Ähnlichkeit der Maschinen für endlosen Druck beider Verfahren, die vielfach an beiden Maschinen benutzten Anlege- und Falzapparate, ließen diesen Beurteilern wenigstens öffentlich hinreichenden Grund zu ihren Behauptungen. Die wirklichen Gründe dieser kühnen Thesen liegen auf anderem Gebiete, das an dieser Stelle nicht zu erörtern ist. Denn es ist ersichtlich, daß Maschinen nur Außerlichkeiten eines Druckprinzips sein und das von solchen Gesichtspunkten aus nur Maschinen- nicht aber Qualitätsarbeiter herangebildet werden können. Am Ende entscheiden aber die beruflichen Kenntnisse, die sich nicht nur auf die Maschinen, sondern hervorragend auf die sonstigen Erfordernisse des Flachdruckes und seine Materialkunde erstrecken und stützen. Das Gefährliche der zutagetretenden Ansichten liegt darin, den Offsetdruck als ein wenig schwieriges Vertriebsverfahren hinzustellen, das sozusagen im Vorbeigehen mit ausgeübt werden kann. Die Folgen hiervon müssen ganz allgemein in einer Diskreditierung und wirtschaftlichen Herabwürdigung des indirekten Flachdruckes enden, die nicht ohne Wirkung in Arbeitnehmerkreisen bleiben können.

Diese Antwort könnte gegenüber den Auslassungen des „erfahrenen“ Offsetmannes der „T.J.“ genügen, wenn diese nicht Gedanken brächten, die wenigstens einen Teil von des „Pudels Kern“ zeigten.

Die Kunst im Arbeiterheim.

Die Zeit der wahnwitzigen Entwertung der Mark, die die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft zu vernichten drohte, die der arbeitenden Bevölkerung kaum das Nötigste zur Befriedigung der irdischen Bedürfnisse ließ, sie aber von allen Fragen eines kulturellen Erlebens ausschloß, ist nunmehr vorüber. Ein großes Aufatmen begrüßt die befreiende Wirkung der Stabilisierung der Mark macht sich auch auf dem Gebiete der Kulturbewegung bemerkbar.

So haben auch die Körperschaften des im Jahre 1921 von den vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie gegründeten Volkskunstverlages „Das Bild“ (Geschäftsstelle: Berlin-Marientorff, Kurfürstentrasse 19) beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Gleich nach dem Tage der Gründung der Genossenschaft schrieb Richard Seidel in einem Aufsatz:

„Wir begrüßen freudig die neue Kulturschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unlieblichen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gestaltung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Künstlerleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen veräumten die Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen.“

Auf denn, zum Kampf:

Die ersten drei von der Genossenschaft herausgegebenen Blätter, deren Auflagen vergriffen waren, sind in Neuauflage erschienen. Es sind dies:

1. „Das Balkonzimmer“ von Adolf v. Menzel (46x56),
2. „Der Kohlenkarren“ (65x65) und
3. „Ideale Landschaft“ von Richard Schulz (56x62). Der Preis der originalgetreuen Blätter beträgt 10 Mk. Weiter werden in den Kunstwerkstätten der Reichsdrukker, die für originalgetreue Wiedergabe Sorge tragen, die Werke von
 1. Carl Spitzweg „Der Kaktusfreund“ (18x29),
 2. Carl Spitzweg „Straße in Venedig“ (16x31),
 3. Paul Cézanne „Landschaft“ (48x60),
 4. Paul Cézanne „Stilleben mit Blumen“ (40x50) ausgeführt.

Der Preis für die ersten beiden Blätter wird sich voraussichtlich auf je 5 Mk., für die beiden letzteren auf je 10 Mk. stellen.

Die Bildungsausschüsse, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der sozialdemokratischen Partei, der Volksbühnen, der Konsumgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter und so fort in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen respektive ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftskartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die obengenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Die reichen Klassen zahlten nicht in angemessener Weise Steuern.

Als die Geldentwertung die Gewerkschaften zu Lohnverhandlungsmaschinen machte und fast keine Woche verging, wo nicht Lohnverhandlungen geführt werden mußten, da ist von den Unternehmern so manches gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter eingewendet worden, was sich näher als direkt falsch herausgestellt hat. Einer der beliebtesten Unternehmereinwände gegen ausreichende Arbeiterlöhne war auch die angeblich äußerst starke steuerliche Inanspruchnahme der Industrie. Obwohl mit Hilfe einwandfreien Materials nachgewiesen wurde, daß zeitweise die gesamten Staatseinnahmen aus den Steuerabzügen von Lohn und Gehalt bestanden, wurde mit der starken steuerlichen Belastung der Produktion Krebsen gegangen, um der Zahlung ausreichender Löhne zu entgehen. Als im letzten Quartal 1923 infolge der äußerst bedrohlichen Lage des Reiches schnell neue Steuerquellen erschlossen und zum Fließen gebracht wurden, konnte man das Schauspiel erleben, daß wegen der angeblich hohen Steuerleistungen Löhne nicht gezahlt wurden.

Obwohl schon damals hundert gegen eins gewettet werden konnte, daß die Steuerlast der Besitzenden nicht den geringsten Anlaß zu Aufregungen gab, vielmehr ein offenkundiges Steuerunrecht vorlag, trat das Geschrei offene Ohren. Die Einwände der Arbeiter wurden als belanglos beiseitegestellt, dafür aber die Grundlagen für den unerhörtesten Lohndruck geschaffen. Daß die Besitzenden es verstanden haben den Arbeiter das Steuerzahlen zu überlassen, das stellt das Gutachten der Sachverständigen mit folgenden kurzen und scharfen Worten fest:

„Wir haben der Schlußfolgerung nicht entgehen können, daß die reichen Klassen in Deutschland in den letzten Jahren nicht in angemessener Weise von dem in Kraft befindlichen Steuersystem erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Daß diesem Steuerrecht ein Ende gemacht werden muß, versteht sich am Rande. Da Steuerzahlen nie die starke Seite der Besitzenden war und auch nie sein wird, bei sozial gerechter Steuererteilung aber ein erneutes Geschrei von Überspannung usw. ertönen wird, gilt es sich daran zu erinnern, was das Sachverständigen-Gutachten feststellt. Auch gilt es sich daran zu erinnern, wenn erhöhte Besteuerungen durch noch niedrigere Löhne ausgeglichen werden sollen. Für solchen Ausgleich ist in diesen Kreisen eine besondere Vorliebe vorhanden. Wenn nicht starke Gewerkschaften dem einen Damm setzen, zahlen dann die Arbeiter wie bisher, nur auf Umwegen, alle Steuern.

Vom Büchertisch.

Die Schlichtungsverordnung, erläutert von Dr. Georg Flatow, Ministerialrat im Preußischen Handelsministerium und Regierungsrat R. Joachim vom Reichsarbeitsministerium, Verlag von Julius Springer in Berlin. Vertrieb in Gewerkschafts- und Parteikreisen durch die Verlagsgesellschaft des ADGB in Berlin S 14, Inselstraße 6, Preis 3,00 M.

Zu der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 nebst Ausführungsbestimmungen vom 10. und 29. Dezember 1923 liegen jetzt eine Anzahl Kommentare vor. Als der in jeder Beziehung am besten durchgearbeitete Kommentar kann derjenige von Flatow-Joachim bezeichnet und zur Anschaffung sehr empfohlen werden. Dieser Kommentar enthält zu § 3 der Schlichtungsverordnung eine grundlegende Darstellung des Schlichtungs- und des Tarifwesens. Es werden hierunter grundsätzlich besprochen: Tariffähigkeit, Tarifberechtigung, Betriebsvereinbarung, Normative und obligatorische Bestimmungen, Leistungsfragen, Friedensvertrag, Musterarbeitsordnung, weiter zu § 5 Eingruppierung, Parteifähigkeit, gemeinnützige Betriebe, Vollmacht, Ablehnung eines Schiedsspruches, Art der Streitgegenstände, Inhalt des Schiedsspruches, Ablauftermin des TV, Nichtigkeit usw. Allerdings sind die Anmerkungen dadurch etwas lang geworden, und es ist bei einer Neuauflage eine stärkere Heraushebung der einzelnen Materien für den Laiengebrauch notwendig, auch muß das Sachregister ganz erheblich erweitert werden. Sehr übersichtlich sind dagegen schon jetzt die Ausführungen zu der Verordnung vom 19. Dezember 1923 über die Arbeitsgerichte. Es hat sich bei den Gerichten, bei Kommentatoren und bei Arbeitnehmern die Auffassung gebildet, daß § 86 Abs. 2 BRG. aufgehoben sei, diese Ansicht ist irrig und wird von Flatow-Joachim, S. 61/2, klar nachgewiesen. Wichtig sind die Feststellungen S. 93 und 95, daß es im Beschlußverfahren keine Zeugengebühren gibt und Seite 95 und 96, daß auch bei schriftlicher Anhörung der Beteiligten der Beschluß von der Kammer mit Beisitzern gefällt werden muß. Sehr ausführlich ist dann noch die wichtige Frage der Nachprüfung verbindlich erklärter Schiedssprüche durch das Gericht auf Seite 145/146 behandelt.

Adressen-Änderungen.

- 1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler siehe „Graphische Presse“ Nr. 13.
- Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsvorstand der Lithographen und Steindrucker, Berlin N 21 Eisaßstr. 96-98 III, zu berichten.
- Dortmund: Walter Volkmer, I. Kampstr. 121. II.
- Einbeck in Hannover: Karl Stützer, Backofenstr. 32
- Flensburg: Albert Meyer, Bismarckstr. 48, III bei Hartmann.
- Frankfurt a. d. O.: Wilhelm Schleicher, Sonnenburgerstr. 6.
- Freiburg in Schl.: Karl Fischer, Sorgau bei Niedersalzbrunn in Schlesien, Waldenburgerstr. 57.
- Iserlohn in Westf., für alle Berufe: Heinr. Windorf, Grafenstr. 8.
- Itzehoe in Holst., Formst.: M. Raum, Fehrstraße 14, I.
- Lüneburg: Josef Fischer, Wandfärberstr. 11.
- Schramberg in Wrtbg.: Jakob Weingärtner, Lauterbachstr. 59.
- Waldkirch in Bad.: Oskar Burger, Langestr. 105
- Zentralkommission der Notenstecher: Adolf Holz Leipzig-Vo., Ludwigstr. 80, I.
- Gehilfenvertreter des Tarifausschusses der Chemigraphen, Kupfer- und Lichtdrucker: Kreis V: Albert Busse, Stuttgart, Böblingerstraße 87, III.

Eine neu zu errichtende Klischee-Anstalt in Köln sucht nur erfahrene Spezialkräfte und zwar:

- 1 Autotypie-Ätzer
- 1 Punkttiefätzer
- 1 Nachschneider zugleich Drucker
- 1 Strichätzer
- 1 Retuscheur zugleich perfekter Zeichner

Eintritt baldigst Angebote an die Deutsche Bildzentrale und Klischee-Anstalt Köln, Marzellenstraße 37.

Zu sofortigem Eintritt gesucht in Dauerstellung für präziseste Rasterarbeit, sowie erstklassige

Ia Umdrucker
Andrucker für Chromo

Bemusterte Angebote an **Haufler & Wiest, A.-G., Stuttgart** Lindenspürstraße 39

Tüchtiger Lithograph

für Ausführung erstklassiger Etiketten in Gravur und Feder in gutbezahlte Dauerstellung sofort gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Mustern an

J. Rheinberger, Lithographische Kunstanstalt Bad Dürkheim (Rheinpfalz).

Maschinen-Retuscheure

für feinste Maschinen-Retuschen in angenehme Dauerstellung gesucht

Wimmer's Graphische Werkstätten, Chemnitz, Theaterstraße 18

Erstklassigen Photographen für Schwarz und Farbe

zu möglichst sofortigem Antritt gesucht Bewerbungen mit Lohnansprüchen und Eintrittsdatum erbeten an

Krey & Sommerlad, Graphische Kunstanstalt Niedersiedlitz-Dresden.

Zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht zur Leitung unserer Retusche-Abtlg.

Retuscheur (erste Kraft)

firm in Retusche, Zeichnung und Entwurf Angebote mit Mustern und Zeugnisabschriften an **Haufler & Wiest, A.-G., Stuttgart, Lindenspürstraße 39.**

Maschinenretuscheure
Autoätzer
Andrucker
schwarz-weiß-Zeichner
Metall-Retuscheure

werden noch eingestellt gegen zeitgemäße Entlohnung. Es wollen sich nur gut durchgebildete Kräfte mit Gehaltsforderung melden

Vereinigte Chemigraph. Kunstanst. K. A. Machleb, Chemnitz i. Sa. Theaterstraße 12.

Hamburg
Notenstecher

zu sofort gesucht

Moritz Dreißig, Musikalien-Druckerei Hamburg 5.

Wir suchen zum sofortigen Antritt

perfekte Strichätzer
Farbätzer u. Autoätzer

Nur wirklich tüchtige Herren wollen sich melden

J. G. Huch & Co., G. m. b. H. Braunschweig, Helmstedter Str. 32

Photograph

für Auto und Strich, der auch kopieren kann, unverheiratet, sofort gesucht,

desgleichen tüchtiger **Retuscheur** nicht unter 30 Jahren

Rhein. Klischeefabrik G. m. b. H., Köln.

Mehrere tüchtige

Messingstecher

auch solche die in Holzarbeiten bewandert sind stellt durch den Arbeitsnachweis ein

August Saalfeld, Einbeck.

Perfekte flotte

Autoätzer

finden sofort angenehme Dauerstellung bei **Fritz Hausmann, Darmstadt.**